



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

Brüssel, den 15.11.2021  
C(2021) 8006 final

**DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION**

**vom 15.11.2021**

**über die Finanzierung der Einzelmaßnahme für Afrika südlich der Sahara zur  
Unterstützung der Migration im Zeitraum 2021-2022**

# DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 15.11.2021

## über die Finanzierung der Einzelmaßnahme für Afrika südlich der Sahara zur Unterstützung der Migration im Zeitraum 2021-2022

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV),

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1296/2013, (EU) Nr. 1301/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1304/2013, (EU) Nr. 1309/2013, (EU) Nr. 1316/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) Nr. 283/2014 und des Beschlusses Nr. 541/2014/EU sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 110,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2021/947 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2021 zur Schaffung des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt, zur Änderung und Aufhebung des Beschlusses Nr. 466/2014/EU und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2017/1601 und der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 480/2009 des Rates<sup>2</sup> (im Folgenden „NDICI/Europa in der Welt“ oder „Verordnung (EU) Nr. 2021/947 vom 9. Juni 2021“), insbesondere auf Artikel 23.

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Damit die Durchführung der Einzelmaßnahme 2021-2022 für Afrika südlich der Sahara zur Unterstützung der Migration gewährleistet werden kann, ist die Annahme eines jährlichen Finanzierungsbeschlusses<sup>3</sup> erforderlich, der das jährliche Arbeitsprogramm für 2021-2022 darstellt. In Artikel 110 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 sind ausführliche Vorschriften für Finanzierungsbeschlüsse festgelegt.
- (2) Bei der geplanten Unterstützung sind die Bedingungen und Verfahren einzuhalten, die im Rahmen der nach Artikel 215 AEUV erlassenen restriktiven Maßnahmen<sup>4</sup> festgelegt sind.
- (3) Mit der jährlichen Maßnahme, die im Rahmen des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt innerhalb des geografischen Programms „Afrika südlich der Sahara“ zu finanzieren ist, soll die Kontinuität der EU-Unterstützung für eine von der EU finanzierte regionale Initiative im Bereich Migration gewährleistet werden.

---

<sup>1</sup> ABl. L 193 vom 30.7.2018, S. 1.

<sup>2</sup> ABl. L 209 vom 14.6.2021, S. 1.

<sup>3</sup> Der jährliche Finanzierungsbeschluss stellt stets einen jährlichen Aktionsplan/eine jährliche Maßnahme dar.

<sup>4</sup> Die Liste der restriktiven Maßnahmen (Sanktionen) der EU kann abgerufen werden unter [www.sanctionsmap.eu](http://www.sanctionsmap.eu). Die Weltkarte der Sanktionen ist ein IT-Tool für die Erfassung von Sanktionsregelungen. Das Amtsblatt der Europäischen Union ist die amtliche Quelle des Unionsrechts und hat im Konfliktfall Vorrang vor den Angaben in der Sanktionskarte.

- (4) Im Einklang mit Artikel 23 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2021/947 ist es gerechtfertigt, eine Einzelmaßnahme vor der Annahme des Programmierungsdokuments anzunehmen, um die Kontinuität der im Rahmen des EU-Treuhandfonds für Afrika finanzierten Maßnahmen zu gewährleisten, insbesondere um den dringenden wesentlichen Bedarf in Bezug auf Maßnahmen für den Schutz, die Rückkehr und die Wiedereingliederung von Migranten in der Sahelzone, im Tschadseebecken und am Horn von Afrika zu decken. Das Programmplanungsdokument ist noch in Vorbereitung, und bei Abwarten bis zu seiner Annahme könnte die Kontinuität der oben genannten Tätigkeiten zur Deckung des dringenden wesentlichen Bedarfs nicht gesichert werden.
- (5) Die Maßnahme „Gemeinsame Initiative der EU und der IOM für den Schutz und die Wiedereingliederung von Migranten“ soll zu einer sicheren, geordneten und regulären Migration in der Sahelzone, im Tschadseebecken und am Horn von Afrika beitragen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird im Rahmen der Maßnahme Folgendes gefördert: Schutzmaßnahmen und Unterstützung für schutzbedürftige und gestrandete Migranten, sichere, humane, würdevolle und freiwillige Rückkehr, nachhaltige Unterstützung bei der Wiedereingliederung. Sie wird auch Sensibilisierungsmaßnahmen umfassen, die sich an potenzielle Migrantinnen und Migranten und Aufnahmegemeinschaften richten, und die der Stärkung der Kapazitäten in den Bereichen Migrationsmanagement, Daten und Kommunikation dienen.
- (6) Nach Artikel 26 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 2021/947 vom 9. Juni 2021 ist die Maßnahme im Wege der indirekten Mittelverwaltung durchzuführen.
- (7) In Bezug auf Stellen und Personen, die mit der indirekten Verwaltung von Unionsmitteln betraut sind, hat die Kommission sicherzustellen, dass die finanziellen Interessen der Union in dem in Artikel 154 Absatz 3 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 vorgesehenen Maße geschützt werden.

Zu diesem Zweck sind die Systeme und Verfahren dieser Stellen und Personen nach Artikel 154 Absatz 4 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046<sup>5</sup> zu bewerten und erforderlichenfalls nach Artikel 154 Absatz 5 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 geeigneten Aufsichtsmaßnahmen zu unterziehen, bevor eine Beitragsvereinbarung unterzeichnet werden kann.

- (8) Es ist notwendig, die Zahlung von Verzugszinsen gemäß Artikel 116 Absatz 5 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 vorzusehen.
- (9) Im Interesse einer flexiblen Durchführung der Maßnahme sollten Änderungen zugelassen werden, die für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 nicht als substantiell anzusehen sind.
- (10) Die im vorliegenden Beschluss vorgesehene Maßnahme steht im Einklang mit der Stellungnahme des nach Artikel 45 der Verordnung (EU) 2021/947 vom 9. Juni 2021 eingesetzten Ausschusses für das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit —

---

<sup>5</sup> Außer in Fällen gemäß Artikel 154 Absatz 6 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046, wonach die Kommission beschließen kann, keine Ex-ante-Bewertung zu verlangen.

BESCHLIEßT:

*Artikel 1*  
*Die Maßnahme*

Der jährliche Finanzierungsbeschluss, der die im Anhang beschriebene Jahresmaßnahme für die Durchführung der beigefügten Einzelmaßnahme 2021-2022 für Afrika südlich der Sahara zur Unterstützung der Migration darstellt, wird angenommen.

Folgende Maßnahme ist vorgesehen: Gemeinsame Initiative EU und der IOM für den Schutz und die Wiedereingliederung von Migranten.

*Artikel 2*  
*Beitrag der Union*

Der Höchstbeitrag der Union für die Durchführung der Maßnahme im Zeitraum 2021 – 2022 beläuft sich auf 103 000 000 EUR<sup>6</sup> und wird aus Mitteln finanziert, die unter der folgenden Haushaltslinien des Gesamthaushaltsplans der Union eingestellt wurden:

- Haushaltslinie BGUE-B2021-14 02 01 20-C1-INTPA
- Haushaltslinie BGUE-B2021-14 02 01 21-C1-INTPA

Die in Absatz 1 genannten Haushaltsmittel können auch Verzugszinsen abdecken.

*Artikel 3*  
*Art des Haushaltsvollzugs und mit dem Vollzug betraute Stellen oder Personen*

Die Maßnahme, die nach Maßgabe des Anhangs in indirekter Mittelverwaltung umgesetzt wird, wird – wie im Anhang unter Punkt 4.4 festgelegt – der Internationalen Organisation für Migration anvertraut.

*Artikel 4*  
*Flexibilitätsklausel*

Mittelaufstockungen oder Mittelkürzungen von bis zu 10 000 000 EUR, die 20 % des in Artikel 2 Absatz 1 genannten Beitrags bezogen auf jedes einzelne Haushaltsjahr nicht übersteigen, oder Änderungen der Mittelzuweisungen für einzelne Maßnahmen<sup>7</sup>, die in der Summe 20 % dieses Beitrags nicht übersteigen, sowie Verlängerungen des Umsetzungszeitraums gelten nicht als substantiell für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046, wenn sie sich nicht wesentlich auf die Art und die Ziele der Maßnahmen auswirken.

---

<sup>6</sup> In diesem Betrag müssen auch die aus zweckgebundenen Einnahmen finanzierten Beträge enthalten sein, sofern sie zum Zeitpunkt der Annahme des Finanzierungsbeschlusses bekannt sind.

<sup>7</sup> Solche Änderungen können sich beispielsweise daraus ergeben, dass nach der Annahme des Finanzierungsbeschlusses zweckgebundene Einnahmen verfügbar werden.

Der zuständige Anweisungsbefugte kann die in Absatz 1 genannten Änderungen vornehmen. Derartige Änderungen werden im Einklang mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung und der Verhältnismäßigkeit vorgenommen.

Brüssel, den 15.11.2021

*Für die Kommission  
Jutta URPILAINEN  
Mitglied der Kommission*